

Fachgespräch und Podiumsdiskussion in Nürnberg

"Inklusive Schule - wo stehen wir jetzt?" am 19.April 2013

Ein Zusammenschluss von Nürnberger Organisationen (Lebenshilfe Nürnberg, Institut für Pädagogik und Schulpsychologie Nürnberg, GEW Kreisverband Nürnberg, Gemeinsam leben - gemeinsam lernen e.V. Nürnberg) hatte unter diesem Motto zu einem Fachgespräch und einer Podiumsdiskussion mit Experten geladen. Leider hatten sowohl Klaus Wenzel, Vorsitzender des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbands als auch die meisten Bildungspolitiker des Landtags ihre Teilnahme abgesagt.

Im Fachgespräch stellten drei Schulleiter von Profilschulen Inklusion ihre Schule vor. Gabi Meier, Leiterin der Wahlerschule Nürnberg berichtete, dass ihre Schule 25 Kinder mit Beeinträchtigung, verteilt auf 10 Klassen aufgenommen hat. Die Schule hat ein Bildungs- und Erziehungskonzept. Sie betonte, dass für die Inklusion die Haltung der Lehrer entscheidend sei. Alle Schüler profitieren vom inklusiven Unterricht. Die soziale Erziehung sei eine zentrale Voraussetzung für alle Bildung. In der ganzen Schulfamilie herrsche die Bereitschaft, alle Kinder so anzunehmen, wie sie sind, man bemühe sich intensiv um einzelne Kinder. Die Lehrer gingen zufriedener aus dem offenen Unterricht. Das Publikum rief sie dazu auf: "Feiert die Vielfalt" und zeigte zur Veranschaulichung bunte Masken, die Kinder gemalt hatten für ein Fest der Vielfalt an der Schule. An der Wahlerschule begann man vor 8 Jahren mit Partnerklassen der Jakob-Muth-Schule in Nürnberg, dann wurden immer mehr jahrgangsgemischte Klassen eingerichtet, der musische Bereich an der Schule wurde ausgebaut. Als Problem sah Frau Meier die Fachlehrer an, die oft an mehreren Schulen unterrichten und zu wenig im Kollegium eingebunden sind. Der größte Wunsch von Frau Meier an die Politik ist, dass sie eine inklusive Sprengelschule sein wollen.

<http://www.wahlerschule.de/>

Leonhard Blaum, kürzlich pensionierter Leiter der Grundschule Würzburg Heuchelhof erläuterte die Entwicklung seiner Schule, die 450 Schüler, davon 60% mit Migrationshintergrund unterrichte. Angefangen hat alles vor fast 15 Jahren, als die Schule Diagnose- und Förderklassen in ihre Räumlichkeiten holte, um zu verhindern, dass die Migrationskinder in Würzburger Förderschulen gefahren werden mussten. Schnell entwickelte die Schule ein inklusives Konzept und mischte die Kinder. Vor 10 Jahren habe die Regierung von Unterfranken die erste Tandemklasse erlaubt, heute habe man vier, obwohl offiziell nur zwei Doppelbesetzungen genehmigt sind, aber man die Sonderpädagoginnenstellen auf 4 Klassen aufgeteilt habe, indem die Doppelbesetzung auf jeweils 17 Stunden reduziert wurde. Darüberhinaus seien 4 ganztägig beschäftigte Sozialpädagogen und etwa 20 Schulbegleiter an der Schule. Inzwischen werden auch mehrfach schwerstbehinderte Kinder integriert. Entscheidender als die Profession sei seiner Erfahrung nach die Herzensbildung der Lehrer wie er es nannte. Von der Politik forderte Leonhard Blaum mehr Autonomie für die Schulen.

<http://www.grundschule-heuchelhof.de/>

Ottmar Misoph, Leiter der Grund- und Mittelschule Thalmässing, Landkreis Roth, forderte die anwesenden Lehrer auf: "Wagen Sie die Inklusion, weil sie einen ganz neuen Blick auf alle Schüler gewinnen können!" Die Schule in Thalmässing hat vor 9 Jahren begonnen, Kinder aufzunehmen, die "Hindernisse am Lernen und an der Teilhabe" haben. Er sprach nicht von sonderpädagogischem Förderbedarf. Die Schule habe vor 9 Jahren ein Kind mit Down-Syndrom aufgenommen, dieser Junge habe das "Eis gebrochen". Er warnte davor, in der Inklusion in kurzer Zeit viel erreichen zu wollen, 9 Jahre Erfahrung mit inklusiver Schulentwicklung machen gelassen. Behinderte Kinder würden auch viel durch

Zuschauen und Nachmachen von nichtbehinderten Kindern lernen. Wichtig sei die Elternarbeit mit allen Eltern. Alle Kinder sind anders. Am wichtigsten sei die Flexibilität und die Offenheit im Lehrerkollegium, Schulbegleiter müssen ins Lehrerzimmer kommen dürfen. Hospitationen von Kollegen müssen selbstverständlich sein. Inzwischen habe man Routine in offenen Unterrichtsformen. Diese müssen aber ritualisiert werden und es sei ein fester Rahmen für offene Unterrichtsformen notwendig, dann kann man auch ein paar Kinder in diese Gruppe integrieren, die "keinen festen Rahmen haben", wie er sagte. Kinder sind die besten Lehrer. Sie haben an der Schule flexible Lernlandschaften und weichen auch auf die Gänge aus. Der Schulleiter müsse kreativ und mutig sein. Als Leitspruch empfahl er den Lehrerkollegen: "Nicht alles, was nicht ausdrücklich erlaubt ist, ist verboten!" In seiner Schule seinen Patenschaften von 8.-Klässlern für 2.Klässler und von 9.Klässlern für 1.Klässler üblich. Seine Hauptforderung an die Politik war: "Die Schulleiter müssen sich das Personal selbst aussuchen können."

<http://vs-thalmaessing.de/>

<http://www.flexiblesklassenzimmer.de/>

Martin Güll, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion und einziges Mitglied der interfraktionellen Arbeitsgruppe, der der Einladung nach Nürnberg gefolgt war, sagte im Rückblick auf die Arbeit der interfraktionellen Gruppe: "Wir haben etwas Notwendiges gemacht" und verbuchte es als Erfolg der Oppositionsparteien, dass sie die Form der Profilschule Inklusion als neue Möglichkeit der Schulentwicklung (Kooperationsklassen, Partnerklassen...) durchsetzen konnten. Allerdings gab er zu, dass sie in der AG nicht dahin gekommen sind, wo sie hinwollten. Die Ressourcen nannte er katastrophal. Als großes Problem nannte er, dass im Kultusministerium bisher nur die Förderschulabteilung für das Thema Inklusion zuständig sei und forderte eine landesweite Stabstelle für die Umsetzung der Inklusion. "Wir müssen gemeinsam klar machen, dass es so wie bisher nicht geht." Martin Güll an, dass die SPD aus der interfraktionellen AG aussteigen will, wenn es nicht besser wird.

Der Nürnberger Bürgermeister Klemens Gsell von der CSU wies auf das Vorbild Österreichs hin, wo die Förderzentren keine Schulen mehr sind, sondern nur noch Kompetenzzentren. Allerdings sah er als Hauptproblem, dass es keinen Sinn mache, in der Schule Inklusion zu praktizieren, wenn die Kinder hinterher in der Werkstätte landen und forderte "Wir brauchen ein vernünftiges Gesamtkonzept", das auch die Arbeitswelt einbezieht.

Prof. Dr. Bärbl Kopp vom Institut für Grundschulforschung, Uni Erlangen-Nürnberg stellte für die Lehrerausbildung in den Mittelpunkt die Frage "Was ist inklusive Kompetenz?" Die neue Lehramtsprüfungsordnung werde den notwendigen Anforderung nicht gerecht, wenn sie als Lehrinhalt für die Lehramtsstudenten nur die "unterschiedlichen Lernvoraussetzungen" der Schüler thematisiere. An der Uni Erlangen-Nürnberg würden alle Lehramtsstudenten Gastvorträge von Sonderpädagogen angeboten bekommen, aber sie fürchten, dieses bisher freiwillige Angebot mit dem Wegfall der Studiengebühren wieder streichen zu müssen. Frau Kopp, die mit angehenden Grundschullehrerinnen arbeitet, sah als Hindernis für die Lehrerausbildung vor allem auch an, dass die angehenden Lehrerinnen selbst alle in einem nicht inklusiven Schulsystem erfolgreich (Gymnasium) waren und "keine Ahnung haben, dass es außerhalb dieser Welt eine andere gibt. Das macht ihnen den differenzierenden Blick so schwer." Allerdings würden die Studenten inzwischen das Thema Inklusion selbst einfordern, an der Uni gäbe es seit drei Jahren eine AG Inklusion.

Prof. Dr. Arnold Köpcke-Duttler, Rechtsanwalt und Pädagoge berichtete von der damaligen erfolgreichen Initiative der Opposition im bayerischen Landtag, 2002 den lernzieldifferen-

zierten Unterricht in das BayEUG aufzunehmen. Dies wurde zwar zunächst abgelehnt, aber ein halbes Jahr später von der Regierung als eigener Antrag umgesetzt. Als Hauptproblem bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention sah er, dass es nicht gelungen sei, das individuelle Recht auf eine wohnortnahe gemeinsame Schule bei der Gesetzesänderung des BayEUG festzuschreiben und rief das Publikum dazu auf, sich bei der Diskussion über das Gesetz aktiv einzubringen. Als unabdingbar sah er eine umfassende Demokratisierung jeder einzelnen Schule an.

Wolfgang Schwamborn, Sachgebietsleiter Grund- und Mittelschulen bei der Regierung von Mittelfranken, der statt des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus die Kultusbehörden vertrat, meinte, dass die Elternberatung in Bayern schulartunabhängig erfolge und betonte das Elternwahlrecht. Er sei erfreut über die Entwicklungen in den Schulen.

Dem widersprachen mehrere Eltern: Christine Primbs vom Netzwerk Inklusion Bayern sprach das Problem an, dass die behinderten Kinder zwar vormittags an den Regelschulen integriert werden, aber nachmittags aus der Schule ausgeschlossen werden, weil ihnen die Bezirke für nachmittags die Schulbegleitung verweigern, stattdessen wird den Eltern nahegelegt, ihr Kind mit einem Einzeltaxis in die heilpädagogische Tagesstätte zu bringen und das obwohl das für den Bezirk teurer (800 bis 1500 Euro monatlich) als das Verbleiben an der Regelschule ist. Die Bezirke wollen so die heilpädagogischen Tagesstätten vor Umstrukturierung schützen. Das Sozialministerium behauptete, dass die Eltern die gleichen Kostensätze für Schulbegleiter bekommen wie die Verbände, das sei aber falsch, die Eltern würden zum Rechtsweg genötigt. Auch die Elternberatung sei nicht inklusiv, oft wissen Eltern gar nicht wie ihnen geschieht. Sie werden fast immer genötigt, eine Schweigepflichtsentbindung zu unterschreiben, so dass Kindergarten, mobiler sonderpädagogischer Dienst und Schulen ungehindert Daten miteinander austauschen und die Eltern sich hinterher wundern, wenn sie sich trauen sollten, in die Schülerakte zu schauen, welche Verleumdungen über ihr Kind und auch über sie selbst zwischen den Einrichtungen ausgetauscht werden.

Ursula Walther, Vertreterin des Bundeselternrats sah das Elternwahlrecht als unzureichend an, man brauche ein wirkliches Elternwahlrecht für alle Schularten. Außerdem forderte sie eine unabhängige Elternberatung, aber nicht in Form von Kompetenzzentren, wie sie beispielsweise in Erlangen geschaffen wurden, wo nur Sonderpädagogen von Förderschulen die Eltern beraten. Das sei keine unabhängige Beratung. Die Eltern müssten aber an einer einzigen Stelle Hilfe für alle Angelegenheiten der Inklusion bekommen können. In der Elternarbeit der Schulen sei es wichtig, die Eltern darüber zu informieren, dass Inklusion alle betrifft. Bei der Forderung nach inklusiver Schulentwicklung der Förderschulen gab sie zu bedenken, dass dies nur ein Teil der Förderschulen machen können, die nach dem Regelschullehrplan unterrichten. Sie forderte auch dazu auf, einen Blick über die bayerischen Grenzen zu werfen: "Es gibt ja außerhalb Bayerns auch noch eine Welt."

Günter Schedel-Geschwendter vom Netzwerk Inklusion Bayern forderte eine Öffnung der Regelschule für andere Professionen, so dass in allen Klassen pädagogische Zweitkräfte zur Verfügung stehen.

Dr. Fritz Schäffer, Vertreter des Forum Bildungspolitik forderte einen Aktionsplan für die Umsetzung der inklusiven Schule und postulierte: Inklusive Schule ist mit einem "Auslese-system" nicht vereinbar. Er bestätigte die Aussagen von Christine Primbs: Förderschulsystem und heilpädagogische Tagesstätten haben ein hohes Beharrungsvermögen. C.P.